Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 9,25 ℳ, monatl. 40,— ℳ, vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 35,— ℳ.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 70 ℳ, abends sowie Sonn- und Festtags 1,20 ℳ.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 11,— ℳ, unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“. Arbeitsmarkt 5,—, private Familienanzeigen 4,50 ℳ. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 6,— ℳ. Reklamezeile 50,— ℳ.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 244. Sonnabend, den 27. Mai 1922 — Abend-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Die zwei Seiten des Reichsmietengesetzes.

Kampf um das soziale Problem der Hauskonten.

Der 1. Juli wird durch Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes in ganz Deutschland eine Neuregelung, und das heißt bei der im letzten halben Jahr tief gesunkenen Valuta eine Erhöhung der Mieten bringen. Zahlten die Mieter bisher mit allen Zuschlägen das drei- und dreieinhalbfache der Friedensmiete, so wird vom 1. Juli das vier- bis viereinhalbfache der Friedensmiete mindestens herauskommen. Ueberall werden Mietervertretungen und Sozialdemokratische Partei für Erhaltung der Mieten auf erträglicher Grenze wirken, aber die obengenannten Grenzen müssen im Interesse der Wohnungserhaltung erreicht werden. Es wird eine andere Berechnung der Mieten am 1. Juli stattfinden. Anstatt der Friedensmiete wird man die Grundmiete, das heißt, nur 60 % der Friedensmiete, als Berechnung zugrunde legen. Wenn man also früher 200 % zur Friedensmiete zahlte, muß man jetzt, um die gleiche Summe zu beschaffen, 333 % der Grundmiete zahlen.

Das R.-M.-G. (Reichsmietengesetz) hat aber einen ganz andern Zweck, als nur die Mieten neu zu regeln. Das R.-M.-G. soll vielmehr der Versuch sein, die ganze Wohnungsfrage von einer andern Basis aus neu zu ordnen. Es gibt Leute, die da sagen, die freie Bewirtschaftung des Wohnungswesens würde in kurzer Zeit alle Wohnungsnöte beseitigen. Die Leute, die das sagen, sind gedankenlose oder verantwortungslose Berater der Bevölkerung. Früher kostete eine Wohnung zu bauen 7000 ℳ, heute kostet sie 300- bis 350 000 ℳ. Eine Wohnung zu errichten kostet also das 45- bis 50fache des Friedenspreises. Auf die Mieten übertragen bedeutet das, daß die Mieten bei freier Bewirtschaftung auch das 45- bis 50fache betragen würden. Denn ohne jeden Zweifel würden sämtliche Grundeigentümer als Richtpreise für Wohnungen die Mieten der neugebauten Wohnungen fordern und nehmen, und die große Wohnungsnot würde sie in ihren Bestrebungen stützen. Es würde damit ein Kampf und eine Not ohnegleichen entstehen. Wer früher 300 ℳ Miete zahlte, müßte bei freier Bewirtschaftung 13 500 ℳ zahlen. Die Miete würde sich verfünfundvierzigfacht wie folgt stellen:

Früher	400 ℳ,	heute	18 000 ℳ.
„	600 „	„	27 000 „
„	800 „	„	36 000 „
„	1000 „	„	45 000 „

Die Ungeheuerlichkeit dieser Zahlen muß jeden Mund, der bisher von freier Bewirtschaftung schwärmte, zum Schweigen bringen.

Die Wohnungsbewirtschaftung muß auf ganz neuer Grundlage aufgebaut werden. Diesem Neuaufbau soll das R.-M.-G. dienen und hauptsächlich die Bestimmungen über die Mietervertretungen, die Hauskonten und die Ausgleichskassen. Der § 17 des R.-M.-G. sagt: „Die Mieter eines Hauses sind berechtigt, einen oder mehrere von ihnen mit ihrer Vertretung in Mieteangelegenheiten zu beauftragen. (Mietervertretung, Vertrauensmann der Mieter, Mieterausschuß).“ Diese Mietervertretungen sollen das Einvernehmen zwischen Vermieter und Mieter fördern, sollen in Streitfällen erst mit den Vermietern zur Einigung zu kommen suchen, ehe das Mieteeinigungsamt angerufen wird. Die Mietervertretung soll ferner Anträge auf laufende und große Instandsetzungen stellen können und soll Mitverwalterin der für große Instandsetzungen anzulegenden Hauskonten sein. Ueber die Hauskonten sagt der § 7 Absatz 1: „Zur Schaffung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten ist von den Mietern ein weiterer Zuschlag in einem Hundertsatze der Grundmiete zu zahlen, der von der obersten Landesbehörde festzusetzen ist. Dieser Zuschlag ist von dem Vermieter auf ein für sein Haus oder seinen Hausbesitz besonders einzurichtendes Hauskonto einzuzahlen und lediglich für große Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden des Vermieters zu verwenden. Eine Verfügung des Vermieters über das Hauskonto bedarf der Zustimmung der Mieter.“ (Mietervertretung.)

Diese ganze Bestimmung soll der Erhaltung der bestehenden Wohnhäuser dienen. Durch die Hauskonten sollen die Mittel beschafft werden und durch die doppelte Verantwortung der Mieter und Vermieter soll die Instandsetzung des Hauses erfolgen, wenn es instandsetzungsbedürftig ist. Wenn die Gelder nicht reichen, dann soll der Ausweg bleiben, von der Gemeinde oder vom Staat Zuschüsse aus dem sogenannten Ausgleichsfonds, der nach § 7 Absatz 3 des R.-M.-G. eingerichtet werden soll, zu beantragen. Der Ausgleichsfonds soll dadurch geschaffen werden, daß die Länder und Gemeinden gewisse Hundertsätze (20 oder 50 %) höhere Wohnungsabgaben, die in Hamburg jetzt 50 % beträgt, erheben. Die Einrichtung der Hauskonten und Ausgleichskassen würde danach eine soziale und zweifellos gerechte und wirksame Basis für eine ganz neue Verwaltung des gesamten Mietewesens sein und sie würde greifbare Aussichten für die Lösung der ganzen Wohnungsfrage eröffnen.

Leider aber haben die Landesregierungen in einer Konferenz sich geeinigt, die Hauskonten und Ausgleichskassen, wenn irgend möglich, nicht einzuführen. Maßgebend für die Entschließung der Landesregierungen sollen Bedenken gewesen sein, die von Banken und Sparkassen gegen die Hauskonten geäußert worden waren. In Hamburg, vielleicht auch anderswo, haben Banken und Sparkassen sogar gedroht, sie würden sich weigern, die gesetzlichen Hauskonten anzunehmen. Es ist nicht das erste Mal, daß Großindustrie, Großbanken und Großhandel, wenn es nicht nach ihrem Willen geht, mit Sabotierung der Gesetze drohen. Das wird nicht eher anders werden, als bis endlich sich die gesamte arbeitende Bevölkerung gegen die Herren der Großindustrie, der Banken und des Großhandels eisern zusammenschließt und auch diese Herren zwingt, die Gesetze, die die Volksvertretung gemacht hat, zu achten und ihre Durchführung willig mit zu bewerkstelligen. Man fragt sich vergebens, was der Grund für die Weigerung der Banken sein könnte und kommt zu keinem andern Ergebnis, als daß es nur der echtkapitalistische Wille ist, jede soziale Neuordnung, und sei sie noch so segensreich, sofort im Keime zu ersticken. Nun, je größer der Widerstand der Kapitalinstitute, um so energischer wird der Kampf der Sozialdemokratie für die notwendige soziale Neuordnung des Wohnungswesens sein.

Ist die Einführung der Hauskonten wirklich so schwer? Hauskonten können eingeführt werden als gesperrte Sparkassenbücher, als Konten bei jeder Bank und Sparkasse, als Postscheckkonten, vor allem aber würden die Grundeigentümerbanken und Genossenschaftskassen berufen sein, die Organisation der Hauskonten durchzuführen. Das hamburgische Postscheckamt hat 60 000 Konten, die nahezu jedes einzelne mehr Arbeit als ein Hauskonto machen, dazu die Banken und Sparkassen, so daß mehrere hunderttausend Konten in Hamburg bestehen. Wo einige hunderttausend Konten mit oft sehr vielen Zugängen und Abgängen erledigt werden, da sollten nicht auch noch 10 000 bis 15 000 Hauskonten mit einmaligen monatlichen Zu- und Abschreibungen erledigt werden können. Wer das sagt, der reflektiert auf Unverstand und die Gleichgültigkeit der großen Menge. In Hamburg gibt es nach den Worten des Herrn Grundeigentümersvertreters Hüne 20 000 Grundeigentümer, im übrigen aber ungefähr 60 000 Grundstücke. Es brauchen aber bei weitem nicht für die 60 000 Grundstücke Hauskonten angelegt werden. Alle Grundstücke mit Einzelwohnungen oder mit zwei bis drei selbständigen Wohnungen scheiden zuerst aus, sodann alle Häuser, in denen das Einvernehmen zwischen Vermietern und Mietern so gut ist, daß über jede Zahlung und über jede Instandsetzung Einigkeit besteht, und die Wohnungspflege keinen Grund hat, einzuschreiten. Außerdem aber braucht für Häuserblöcke und Reihenhäuserbesitze, die in einer Hand sind („Produktion“, Baugenossenschaften, Konzerne), nur ein Konto eingerichtet zu werden, und die „Produktion“ wie alle Baugenossenschaften werden zusammenhängend für ihre Besitze meist nur ein Hauskonto einrichten. Genau so aber auch die Eigentümer von mehreren Grundstücken. Darüber hinaus kann noch durch Verständigung zwischen Mietern und Vermietern für ganze Straßen und Bezirke die Errichtung nur eines Kontos bewerkstelligt werden. Arbeit erfordert die Einführung der Hauskonten, aber diese Arbeit muß im Interesse derer, die keine Wohnung haben, im Interesse der Erhaltung der Wohnungen, und um endlich wieder eine neu Basis für die Erhaltung und Schaffung von Wohnung zu finden, notwendig geleistet werden.

Wenn man die Hauskonten und die Ausgleichskassen nicht einführt, dann tritt der § 7 Absatz 4 des R.-M.-G. in Kraft, der vorschreibt, daß, wenn eine große Instandsetzung eines Hauses (Erneuerung der Dachrinnen, Ablaufrohre, Umdecken des Daches, Abputz und Anstrich des Hauses von außen, Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, Erneuerung der Heizanlage) notwendig sind, das Mieteeinigungsamt in jedem einzelnen Falle einen Zuschlag zur Miete in Hundertsätzen festsetzen soll. Mieter und Vermieter würden dann immer in Massen zum Mieteeinigungsamt ziehen, ungeheuer viel Streitfälle um die großen Instandsetzungen würden das Mieteeinigungsamt wie das Beieinanderwohnen von Mietern und Vermietern vergiften. Und daß das, was das Mieteeinigungsamt entscheiden würde, gerecht sei, würde niemand glauben. Das gleiche Recht für alle und die gleichen Lasten für alle, wie die Hauskonten und der Ausgleichsfonds vorschreibt, das ist die Einrichtung, die jeder für gerecht halten wird und muß. Die Einführung des Absatzes 4 des § 7 würde nichts anderes bedeuten, als: Es wird genau wie bisher weiter gewurstelt.“

Man sagt, die politischen Parteien sollen sich nicht in diese Sache mischen, man soll das den wirtschaftlichen Stellen überlassen. Nein, gerade das Benehmen dieser wirtschaftlichen Stellen (Weigerung der Banken, immerwährende Drohungen und Vergehen der Großindustrie gegen die Gesetze usw.) müssen das Volk mißtrauisch machen gegen diese wirtschaftlichen Stellen, müssen es zu der Ueberzeugung bringen, daß die wirtschaftlichen Stellen des Kapitals nur eigene Interessen rücksichtslos verfechten, im übrigen aber entschlossen zu sein scheinen, jede soziale Neuordnung im Entstehen bereits zu erdrosseln. Die Sozialdemokratie hat oft abgelehnt, im Kampfe um das Mietewesen abwegige oder zu wenig durchdachte Aktionen mitzumachen oder zu unterstützen, für die volle Durchführung des Reichsmietengesetzes aber wird sie mit ihrer ganzen Kraft kämpfen.

Sturm in der französischen Kammer.

In der fortgesetzten Interpellationsdebatte wegen der Ergebnisse von Genua kam es während der Rede des monachistisch-chauvinistischen Abgeordneten Daudet zu stürmischen Unterbrechungen. Daudet hatte die Regierung aufgefordert, gegen die Urheber und Verbreiter der Behauptung vorzugehen, Frankreich habe den Krieg verschuldet. Er wandte sich insbesondere an Poincaré, dem nachgesagt wird, er habe den Krieg vorbereiten helfen, seine Wahl zum Präsidenten der Republik im Jahre 1913 habe deshalb bei Eingeweihten, wie dem früheren Präsidenten Fallières, den Ausspruch hervorgerufen: Poincaré, c'est la guerre! (Das ist der Krieg!)

Als Daudet diese Worte wiederholte, entstand in der Kammer ungeheurer Lärm. Der Abgeordnete Hennessy, der als Urheber jener Behauptung gilt und sich dazu äußern wollte, kam nicht zu Worte, obwohl Poincaré selbst zur Ruhe aufforderte, damit Hennessy seine „jämmerliche Erklärung“ abgeben könne. Nachdem der Abgeordnete Daudet seine Rede beendet hatte, erhob sich der Sohn des ehemaligen Präsidenten Fallières, um die seinem Vater zugeschriebene Aeußerung: Poincaré, c'est la guerre! für erfunden zu erklären. Er sei berechtigt, das in formellster Weise zu sagen. Diese Wendung sei von seinem Vater niemals gebraucht worden. — Nach kurzer Unterbrechung ergriff der demokratische Abgeordnete Favre das Wort, um in der Hauptsache über den augenblicklichen Standpunkt Englands und Amerikas zu sprechen. Er sagte: Wer meine, daß Lloyd George nicht die mittlere Linie der englischen öffentlichen Meinung zum Ausdruck bringe, der täusche das französische Volk. Wenn er heute vom Amte zurücktrete, so würde sein Nachfolger jedenfalls gezwungen sein, seine Politik mit größter Energie weiter zu betreiben. Der Redner warf Poincaré vor, daß dieser den Wunsch ausgesprochen habe, die Konferenz von Genua möchte scheitern. Poincaré widersprach. Der Abgeordnete Favre wurde von der Rechten wiederum häufig unterbochen.

Der Kammerpräsident mußte erneut eingreifen. Favre erklärte, er sei besorgt bei dem Gedanken, die Alliierten könnten am 31. Mai nicht einig sein. Er befürchte für sein Land eine Isolierung in feindlicher Atmosphäre. Frankreich dürfe sich nicht in Operationen einlassen, die er als schreckliches Abenteuer ansehe. Das Heer von 750 000 Mann könne Instrument für einen Staatsstreich in der Hand der Regierung sein. — Hierauf entstand großer Lärm, nur mit Mühe konnte der Präsident dem Redner wieder Gehör verschaffen. — Der Abgeordnete befürchtet, daß die Besetzung des Ruhrgebietes Frankreich teuer zu stehen kommen könnte. — Ein anderer Abgeordneter rief dazwischen: So spricht ein ehemaliger Minister Clemenceaus! — Der elsässische Abgeordnete Oberkirch rief: Die Besetzung wäre ein Druckmittel auf den guten Willen Deutschlands! — Favre fuhr fort: Es ist vorteilhafter für Frankreich, sofort eine geringere Anzahl von Milliarden einzukassieren, als in vielen Jahren eine größere Summe. Briand und Loucheur hätten mit ihrer Politik Recht gehabt. Schließlich sprach der Abgeordnete Favre noch von der internationalen Anleihe, was Poincaré veranlaßte, zu erklären, er habe die tiefe Ueberzeugung, daß es nicht genüge, an den guten Willen Deutschlands zu appellieren; man müsse Deutschland zeigen, daß man, wenn es nichts beweise, die Mittel besitze, zu erzwingen. Favre bleibt dabei, daß man seit zwei Jahren nicht mehr die Politik Frankreichs, sondern die Politik des nationalen Blocks treibe. — Darauf wurde die Fortsetzung der Interpellationsdebatte auf nächsten Dienstag vertagt. Der Kammerpräsident kündigte an, daß gegen zwei Abgeordnete ein Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung eingegangen sei; es handle sich um die kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin und Vaillant Couturier, die Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert haben sollen.

Vertagung des kritischen Datums?

Aus Paris liegen folgende Meldungen vor:

„Echo de Paris“ und „Journal“ stellen fest, daß, entsprechend der Praxis der Reparationskommission, im Notfalle eine Frist von 14 Tagen zu gewähren, nicht direkt nach dem 31. Mai ein Verzug auf seiten Deutschlands festgestellt werden könnte, sondern erst nach dem 15. Juni.

Die Reparationskommission gab gestern folgenden amtlichen Bericht aus: Das mit der Prüfung der Bedingungen der der deutschen Regierung zu gewährenden Anleihe beschäftigte Komitee hielt gestern und heute drei Sitzungen ab, in deren Verlauf die Prüfung verschiedener diesen Gegenstand betreffenden Fragen vorgenommen wurde. Von dem Wunsche beseelt, persönliche Studien vorzunehmen und die technischen Informationen zu vervollkommnen, wie eventuell Fühlung mit den in Frage kommenden Finanzkreisen zu nehmen, schlugen einige Mitglieder eine Unterbrechung der Sitzungen um einige Tage vor. Der Ausschuß beschloß darauf die Vertagung bis Mittwoch nachmittag 4 Uhr. Vor der nächsten Sitzung wird keine Veröffentlichung erfolgen. Alle Mitglieder haben den Wunsch, zu einer Lösung des Problems, das als vital für die Wiederaufrichtung Europas erkannt wird, zu gelangen.

Morgans Kreditpläne für Oesterreich.

Die österreichische Regierung hat die Nachricht erhalten, daß das Bankhaus Morgan in New York in der allernächsten Zeit Vertreter nach Wien entsenden werde, um die österreichischen Verhältnisse zu studieren und die Grundlagen für einen Aufbaukredit zu schaffen. Die Vertreter der Gruppe werden sich unverzüglich einschiffen, und ihr Eintreffen in Wien wird in ungefähr 14 Tagen erwartet. Die Anleihe, die geplant wird, soll eine zwanzigjährige Laufzeit haben, weil der Verzicht auf das Generalpfandrecht gleichfalls auf diesen Zeitraum beschränkt ist. Die Anleihe dürfte voraussichtlich 10 Millionen Pfund umfassen und mit einer entsprechend hohen Verzinsung ausgestattet sein. Für die Anleihe werden mehrere Staatseinnahmen, in erster Linie die Zölle und vielleicht auch das Tabakmonopol verpfändet werden. Aus dem Erlös der Anleihe wird ein Teil zur Deckung des laufenden Bedarfs und zur Beseitigung des Defizits verwendet werden. Etwa ein Betrag von 3 bis 4 Millionen Pfund soll zur Fundierung der zu gründenden neuen Notenbank für Oesterreich dienen. Diese Bank soll überwiegend mit ausländischem Kapital errichtet und nach modernen banktechnischen Prinzipien aufgebaut werden.

Die Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett

veranlassen den „Vorwärts“ gegen die „Krisentreiberei von rechts“ entschieden Stellung zu nehmen. Das Blatt schreibt: „Durch ihr (der Rechtsparteien) System der Indiskretion und durch das vorzeitige Hineinzerren der Pariser Verhandlungen in den Auswärtigen Ausschuß hat die Opposition zweifellos einen Erfolg errungen, nämlich den, die notwendige Verständigung im Kabinett zu erschweren. Die Rechtsbolschewisten verfolgen im Grunde die gleiche Taktik wie die Linksbolschewisten. Diese predigen die proletarische, jene die „nationale Einheitsfront“. Der ganze Zweck, ein für Deutschland verhältnismäßig günstiges Abkommen zu erzielen, gerät dabei vollständig unter die Räder.

Bemerkenswert ist die Stellungnahme der volksparteilichen „Zeit“, die zwar Zurückhaltung übt, trotzdem aber feststellt: Das wesentliche Ergebnis der Pariser Verhandlungen ist die Erkenntnis, daß Deutschland ohne Hilfe von auswärts, das heißt, ohne Anleihe, sein System nicht in Gleichgewicht halten könne, da es von den Reparations- und Besatzungslasten systematisch in Unordnung gehalten wird. Diese Erkenntnis ist eine Bestätigung des Satzes, daß Deutschland ohne Anleihen den von der Reparationskommission aufgestellten Forderungen nicht nachkommen könne. Damit ist in Genua sowohl wie in Paris die letzte Note der Reparationskommission, die Deutschland als böswilliger Nichtzahler hinstelle, ad absurdum geführt und etwaigen Gewaltabsichten der Franzosen ist die moralische Unterlage genommen.“

In diesen Worten liegt gewissermaßen eine unfreiwillige Anerkennung der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth.

Die Umorganisation der Orpo.

Am 25. Mai, also innerhalb der von der interalliierten Militärkontrollkommission gesetzten Frist, wurden die von den Regierungen der deutschen Länder aufgestellten Pläne über die künftige Organisation der Ordnungspolizei der Kommission übersandt. Nur Thüringen war mit Rücksicht auf die sich zurzeit dort vollziehende staatsrechtliche Umbildung noch nicht in der Lage, seinen Plan fertigzustellen. In einem Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Kontrollkommission wird darauf hingewiesen, daß die Pläne entsprechend übernommenen Verpflichtungen, wie sie durch den Vertrag von Versailles, die Boulogner Note und die Pariser Beschlüsse festgesetzt sind und gemäß dem Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 5. April 1922 aufgestellt würden. In dem Anschreiben wird ferner dargelegt, daß die vorgesehenen Umorganisationen Zeit verlangen und mit Rücksicht auf das Personal zur Aufrechterhaltung eines geregelten Polizeidienstes nur allmählich zum Abschluß gebracht werden können.

Das Hambacher Fest.

Am Himmelfahrtstag fand zur Feier der 90jährigen Wiederkehr des denkwürdigen Maifestes am Hambacher Schloß bei Neustadt an der Haardt eine Gedenkfeier statt, zu der die Demokratische Partei der Pfalz eingeladen hatte. Wie der „Voss. Ztg.“ von dort gemeldet wird, wurde wieder, wie vor 90 Jahren, unter schwarz-rot-goldenen Fahnen nach dem Schloß marschiert und dort unter grünen Bäumen in geschichtlichen Rückblicken der Kämpfer für Deutschlands Einheit und Freiheit gedacht. Das Ziel der Feier fand sich in den Schlußworten der Rede des Vertreters der demokratischen Jugend ausgedrückt: Deutschlands ältester und freiester Idealismus ist aufs engste verknüpft mit den Farben Schwarz-Rot-Gold. Wie unsere Väter und Großväter im Jahre 1832 von hier aus die Forderung nach einem einigen und freien Deutschland aufgenommen haben in alle Welt, so bekennen wir heute: Deutschlands Zukunft ist unsere Zukunft und auf Deutschlands Zukunft vertrauen wir.

Der italienisch-russische Vertrag.

In Rapallo, wo bekanntlich der deutsch-russische Vertrag von Rathenau und Tschitscherin unterzeichnet wurde, ist jetzt auch ein italienisch-russischer Handelsvertrag zum Abschluß gekommen. Dieser Handelsvertrag löst das provisorische italienisch-russische Abkommen vom 26. Dezember vorigen Jahres ab, sieht volle Bewegungsfreiheit für das mit Rußland Handel treibende Italien vor, enthält eine Meistbegünstigungsklausel auf Gegenseitigkeit und stellt ein Auswanderungsabkommen in Aussicht. Außerdem wird Rußland ein Freihafen in Triest und Italien ein solcher im Schwarzen Meer eingeräumt; weiter wird ein Optionsrecht für Italien bezüglich Petroleumbohrungen, soweit solche nicht schon an andere Mächte vergeben sind, anerkannt; ferner Ackerbaukonzessionen im Umfange von 100 000 Hektar.

In Rapallo finden zurzeit noch Verhandlungen zwischen italienischen und russischen Sachverständigen statt, die sich hauptsächlich auf den Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen für Rußland beziehen.

Deutsch-russische Verhandlungen in Berlin. Der deutsche Vertreter in Moskau, Geheimrat Wiedenfeld, ist in Berlin eingetroffen. Auch Krassin weilt seit gestern in Berlin.

Gegen den Fälscher Anspach wird in den kommenden Wochen der erste Prozeß verhandelt werden. Das Gericht wird sich nach Möglichkeit nicht mit den politischen Fälschungen, sondern mit den Pfandscheinfälschungen beschäftigen. Der Prozeß wegen der politischen Fälschungen soll erst nach den Gerichtsferien zur Verhandlung kommen.

Ein Attentat mit faulen Eiern. Der polnische Außenminister Skirmunt wurde bei seinem Besuch in Wien in der Halle seines Hotels von drei elegant gekleideten Leuten mit faulen Eiern beworfen. Der Minister wurde dadurch vollkommen beschmutzt. Wie sich herausgestellt hat, handelte es sich um drei Ukrainer, die bei ihrer Festnahme versicherten, daß sie auf den polnischen Außenminister kein Attentat auszuführen die Absicht gehabt hätten, sondern nur die allgemeine Aufmerksamkeit auf Skirmunt haben lenken wollen.

Stand des Dollars (vorbörslich) 295.

Das Magdtum Dörte Brüsehavers.

Von Willy Harms.

[46]

Schluß.

Frau Magdalene fragt, ob einige durchgefallen seien, ob es schwer gehalten habe, ob Schanzner noch mit Klaus gesprochen habe, — und weiß, daß alles nur ein Verstecken ist. Dann streiken die Worte. Sie wollen nicht mehr Platzhalter sein. Starr sieht Frau Magdalene auf die schlechte Nachbildung von dem weißen Thorwaldsenschen Christus, der geschmacklos zwischen nichtssagenden Nippes auf dem Wandbrett steht. Mechanisch streicht ihre Hand über die weiße Tischdecke. Ihre Seele horcht . . . .

„Daß Du gekommen bist, Muttsch! Ich wußte, daß ich Dich noch sehen würde.“

„Ja, Klaus, ich mußte schon kommen — — —“

„Ein Jahr ist es her, daß ich von Euch gegangen bin aus Krumbsee —“

Es hilft nicht mehr, Frau Magdalene, Du mußt Klaus folgen. Du kannst ihn nicht allein lassen, denn Du hörst die Not in seiner Stimme, und in seinen Worten ist ein Suchen nach Beistand.

„Du hast Dörtes Brief gelesen — —?“

Seine Augen beginnen zu flackern, suchen Halt in dem grauen Tapetenmuster an der gegenüberliegenden Wand. An den Sonnenstreifen über dem Familienbild halten sie sich fest.

„Du weißt, was Dörte geschrieben hat — —?“

„Nein — — “

Sie sieht, wie er einen Augenblick den Atem zurückhält, als ob er etwas sagen muß. Doch dann gibt er ihm wieder den Weg frei, und stoßweise beginnt die Lunge ihre Arbeit.

Hartnäckig blickt Klaus an seiner Muttsch vorbei. Es ist unmöglich, einem Menschen nur ein Wort von Dörtes Brief zu sagen.

Mit beiden Händen greift Frau Magdalene nach seiner Rechten und zwingt seinen Blick heran. „Und nun, Klaus?“

„Es gibt kein Nun mehr, Muttsch!“

Metallen sind die wenigen Laute, spröde wie Gußstahl.

Hörst du sie, Frau Magdalene? Und hast doch noch immer das Warten auf etwas Zufälliges in dir gehabt, hast mit dem allerletzten Gedanken an eine Unmöglichkeit geglaubt.

Worte schlagen an ihr Ohr, selbstquälerische Worte, die aus dem tiefsten Herzensboden hervorgeholt werden.

„Du sollst Dörte keinen Vorwurf machen. Sie tut, was sie nach ihrer Natur tun muß. Es ist bei ihr eine Sache der —“ Klaus suchte nach einem Ausdruck — „eine Sache der Reinlichkeit ist es. Ich kann Dir das nicht im einzelnen sagen. Du bist ihre Mutter, bist auch meine Muttsch gewesen. Das ist wie ein Zaun. Ich allein bin schuld, wenn alles zerrinnt, was wir erträumt haben. Auch für ein Stück Deines Lebens trage ich die Verantwortung. Wie es hat kommen können, — das hab ich mich selber oft genug gefragt. Daß ich dafür bezahlen muß, versteht sich schon. Nur um Euch tut es mir leid. Denn ehrlich lieb hab ich Euch beide. Nun da dies — Neue gekommen ist, weiß ich erst das Maß. Die kommenden Tage sind wie verhängt. Dörtes saubere Hände darf ich nicht mehr fassen. Sie hat ihre Sauberkeit von Dir, — Du!“ Klaus preßt ihre Linke, die regungslos auf dem Tische liegt,

Sieh auf die Tür, Magdalene Brüsehaver, daß kein Neugieriger hereinkommt und über die Not und die nassen Augen deines großen Jungen lacht . . . .!

Warum schweigt denn Frau Magdalene? Warum sagt sie ihrem Klaus kein starkes Wort, das seine Augen wieder blank macht?

Weil sie an einen Tag denkt, auf dem schon das verwitterte Gestein eines Vierteljahrhunderts liegt. Von dem muß sie Klaus sagen.

„Klaus, von den reinen Händen hast Du gesagt —. Ich weiß nicht, ob wir uns so bald wiedersehen werden. Eine Geschichte muß ich Dir erzählen. Vor vielen Jahren lernte ein junges Mädchen einen Mann kennen. Ja, — eine Brille trug er und ging trotz seiner dreißig Jahr ein wenig geneigt. Nach drei Tagen wußten beide, daß einer des andern Erfüllung war, es wenigstens nach dem Naturgesetz hätte sein müssen. Und doch war kein Wort zwischen ihnen gesprochen, das nicht auch ein anderer, nicht auch die Frau dieses Mannes hätte hören können. Denn der Mann, von dem ich erzähle, war verheiratet. Und das Mädchen ging in seinem Hause aus und ein, und beider Blicke bekannten ihre Liebe, während die Frau mit verhangenen Augen von einer nahen Zukunft träumte. Ja, — so weit hatte das Mädchen sich verloren. Es war jung, wußte nichts, überlegte nichts, folgte nur einem unklaren Müssen. Ging mit seiltänzerischer Sicherheit neben einem Abgrunde einher und sah ihn nicht. Lag die halben Nächte mit fiebernden Wangen im Bett und quälte sich mit seiner Jugend. — Und eines Nachmittags holte der Mann das Mädchen ein, ging hundert Schritte neben ihm und sprach zum ersten Male von ihrer Liebe. Nur einen Satz. Aber dieser Satz brennt in der Seele des Mädchens weiter, bis der müde Kopf sich einmal zur Ruhe legen wird. „Wenn Du nicht willst, daß ich an meiner Frau und dem Kinde, das sie mir schenken will, zum Schuft werden soll, wirst Du morgen abreisen.“ Sie gingen gerade an einem Grünkramladen vorbei. Im Schaufenster lagen rote Tomaten. Noch heute kann das Mädchen keine Tomaten sehen, ohne daß sich ein Gefühl der Scham einstellt. Aber diese Scham liegt eingebettet in einem großen Glück, in dem Glück des Erlebens. — — Die Geschichte ist zu Ende. Das Mädchen wuchs in einer Nacht zum Menschen, aber zu einem Menschen, der von der Zukunft nichts mehr hoffte, weil er an der Last von gestern zu tragen hatte, der aber diese Last doch nimmermehr hätte abwerfen mögen. Krank ist das Mädchen bei den Eltern angekommen. Es ist noch viele Jahre krank gewesen, auch noch, als es von einem andern Manne geholt wurde. Bis heute hat es keinen Menschen von seiner Kinderkrankheit erzählt. Denn es wollte diese Kinderkrankheit, die es zwar hart dahin gebracht hat, wo es kein Gut und Schlecht mehr gibt, deren Fieber aber über alles Denken schön war, wie das Heiligste pflegen, wollte sie niemand sehen lassen. — —

„Klaus, ich brauch Dir nicht zu sagen, wer das Mädchen war . . .“

„Muttsch . . .!“

„Ja, Klaus, ich weiß — —. Wärst Du heute noch der Verlobte meiner Tochter, Du hättest die Geschichte des Mädchens nicht erfahren. Nun aber, — — ich hab Dir das erzählt, — — wir Menschen sind zu grobkörnig, sterben nicht an einer unerfüllbaren Sehnsucht. Und Du sollst an mir verstehen lernen, warum ich mit Euch gehen mußte, ohne nach rechts oder links zu blicken. Und von den sauberen Händen sollst Du nicht mehr sprechen, wir haben alle das Waschen nötig. — —Dörte und Dir habe ich meine langen Tage ersparen wollen, glaubte in Euch die beiden wiederzufinden, von denen ich eben erzählt habe. Darum habe ich mich für Euch eingesetzt. Nun bin ich doch nur im Kreis gegangen, steh wieder da, wo ich vor fünfundzwanzig Jahren stand, — — — an einer Hand hab ich Dörte, will nur hoffen, daß sie meine Hand nicht losläßt, — ich glaube, auch Deine Hand werd' ich noch manchmal fühlen, Klaus . . . aber jung gewesen bin ich wieder mit Euch . . .“

Dann geht die Stille von einem zum andern und horcht, ob jedes Wort lebendig geblieben ist, verankert es mit unzerreißbaren Ketten. Es wird später noch nach jedem Laut gesucht werden, wenn hungrige Stunden gefüllt werden sollen . . .

„Es wird Zeit, Mutter —“

„Zum Bahnhof will ich Dich noch bringen . . .“

Klaus nimmt den Arm seiner Muttsch, als sie die Bahnhofstraße hinuntergehen. Wunderlich berührt es Frau Magdalene, daß ein Mann nach ihrem Arm greift. Immer im Leben ist sie allein gegangen. Ihr Mann ist nie auf den Gedanken gekommen, ihr den Arm zu geben. Die Dorfsitte kennt es nicht. Sie hat es auch nie entbehrt. Nun, da Klaus von ihr gehen will, hält er sich fest an ihrem Arm — — —

„Du hast nun Deinen Beruf, Klaus —“

„Wenn er nur nicht in diesem Sommer so klein geworden wäre — ohne Gewicht erscheint alles — — —“

Wie geht es den Deinen?“

„Die wissen nichts von Dörtes Besuch — glauben, daß die Zeit einen Keil zwischen uns getrieben hat, der uns auseinanderfallen läßt. Ich muß sie in dem Glauben lassen.“

Ein fünfjähriger Knirps steht vor ihnen. In seinen Augen ist ein ungeheures Erstaunen, daß man offenbar von ihm erwartet, er werde aus dem Wege gehen und sich in seinem Kreiselspiel stören lassen. Einen Augenblick muß Klaus Frau Magdalene loslassen, beide gehen um den Kleinen herum. Doch schnell greift er wieder nach ihrem Arm, und sein Blick mißt die kurze Strecke bis zum roten Bahnhofsgebäude.

„Nun gehst Du gleich zurück. So unwahrscheinlich will mir alles vorkommen. Noch geh ich mit Dir . . . nachher soll alles ausgelöscht sein . . . ich soll tun, als hätt ich weder Dich noch Dörte gesehen . . .“

„Nein, Klaus, auslöschen wird keiner von uns die Zeit können . . . es wird auch keiner wollen, Du — —“

„Mir ist, als sei alles nicht wahr . . . als könnt ich mit Dir umkehren . . . mitfahren nach Krumbsee . . . als warte dort noch jemand — — — Muttsch! Vielleicht, daß wir erst reifen müssen . . .“